

14. Wahlperiode

Enquete-Kommission

„Nachhaltige Energieversorgung unter den
Bedingungen der Globalisierung
und der Liberalisierung“

P R O T O K O L L

der 16. Sitzung

der Enquete-Kommission

**„Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen
der Globalisierung und der Liberalisierung“**

am 31. Oktober 2000

in Berlin, Plenarbereich Reichstagsgebäude,

Raum 3 S 001

Vorsitz: Abg. Kurt-Dieter Grill (CDU/CSU) (zeitweise)
Abg. Rolf Hempelmann (SPD) (zeitweise)

Öffentliche Anhörung

zu dem Thema

**„Auswirkungen der Liberalisierung und der Globalisierung
auf die Energiemärkte unter besonderer Berücksichtigung
der EU-Osterweiterung“**

- Zweiter und dritter Anhörungskomplex:
"Globalisierung" und "EU-Osterweiterung" -

Protokoll der Anhörung "Globalisierung und EU-Osterweiterung"

Inhaltsverzeichnis

I. Eröffnung	7
II. Statements der Sachverständigen	8
1. Fragerunde	16
2. Fragerunde	24
3. Fragerunde	35
Index.....	45

Anlage:

Materialband zur Anhörung

I. Eröffnung

Der **Vorsitzende** begrüßt die Mitglieder der Enquete-Kommission und die Sachverständigen Dr. Fleckenstein vom DIHT, Dr. Gellner vom BDI, Dr. Treber von German Watch, Dr. Voss und Prof. Schatz vom Institut der Deutschen Wirtschaft, Prof. Gula von der Polnischen Stiftung für Energieeffizienz, Herrn Hartung vom MVV, Prof. Straßburg von der RWE AG, Prof. Bontrup von der Fachhochschule Gelsenkirchen und Herrn Schwarzbach von der VEAG AG. Er führt in das Thema ein und betont, dass der Schwerpunkt der heutigen Anhörung auf dem Themenkomplex „Globalisierung“ und dem Themenkomplex „EU-Osterweiterung“ liege. Kurzfristig abgesagt hätten Prof. Froggatt aus persönlichen Gründen und Frau Schneider-Zugowski vom DGB wegen plötzlicher Erkrankung. Entschuldigt seien Herr Lehmann, Herr Frank, Prof. Jochem und Prof. Voß.

Der Ablaufplan der Anhörung sei folgendermaßen: Beide Komplexe Globalisierung und EU-Osterweiterung würden gemeinsam in den Statements vorgetragen werden und auch die Fragerunden bezögen sich gemeinsam auf die beiden Themenkomplexe.

II. Statements der Sachverständigen

Dr. Fleckenstein verweist auf das abgegebene Statement des DIHT. Er betont, dass der DIHT den neuen Chancen und Möglichkeiten der offenen Märkte die durch Globalisierung und Liberalisierung erzeugt würden, positiv gegenüberstehe. Er weist auf die besondere Bedeutung der zusätzlichen Beschleunigung der Wirtschaftsprozesse und damit einher gehender Erniedrigungen von Transaktionskosten mit den zukünftigen Möglichkeiten verbesserter Verkehrssysteme und des Internets hin. Für den Energiebereich weist er darauf hin, dass hier schon immer globalisierte Märkte bestanden. Geostrategische Probleme spielten eine Rolle in Bezug auf die regionale Konzentration der Erdölproduzenten und auch in Bezug auf den Erdgasmarkt. Kohle und Uran seien dagegen weltweit gleichmäßig verteilt, sodass keine geostrategischen Probleme entstehen würden. Ähnliches gelte für die regenerativen Energiequellen. Es sei wichtig, in den importabhängigen Sektoren Versorgungssicherheit herzustellen. Dazu diene auch ein weit gestreuter Energiemix.

Dr. Fleckenstein betont, dass ein spezielles globales Regelwerk der Globalisierung nicht notwendig sei, wenn die nationalen Spielräume ausgeschöpft würden. Die umweltpolitischen Konflikte auf internationaler Ebene spielten zwar in das weltweite Handelsregime hinein, er lege jedoch Wert darauf, dass die handelspolitischen und die umweltpolitischen Verhandlungen und Verträge deutlich getrennt werden. In Bezug auf den Export minderqualitativer Industrieanlagen aus Industrieländern in Entwicklungsländer weist er darauf hin, dass man diese ja im Vergleich sehen müsste zu den Anlagen, die in den Zielländern schon vorhanden seien.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Herrn Dr. Fleckenstein und gibt das Wort an Herrn Dr. Gellner.

Dr. Gellner verweist auf das schriftliche Statement des BDI und geht in seinem mündlichen Statement insbesondere auf die Frage der Liberalisierung und Globalisierung der Energiemärkte ein. Der strukturelle Umbruch der Weltwirtschaft bringe der ganzen Welt Vorteile. Das Besondere an der Globalisierung sei erstens der schnelle Anstieg des weltweiten Handelsvolumens, zweitens die ständig weiter fortschreitende Verflechtung der Kapitalmärkte und der Unternehmen und drittens ein starkes Anwachsen des Kapitalverkehrs und des Divisenverkehrs. Dies sei nicht grundlegend neu, die Entwicklung habe sich aber rasant beschleunigt und bezöge nun auch kleine und mittlere Unternehmen mit ein. Neu für den Energiemarkt sei insbesondere, dass die internationale Vernetzung in globalen Märkten sich nun auch außerhalb des Primärenergiesektors im Anlagensektor und der Industriegüterproduktion fortsetze. Auch die produktbezogenen Dienstleistungen würden stärker einbezogen werden. Sogar Strom- und Energiedienstleistungen seien inzwischen zu internationaler Handelsware geworden.

Neue Akteure in Deutschland kämen nicht nur aus Ländern innerhalb der EU sondern auch aus Ländern von außerhalb der EU. Die Globalisierung führe durch erhöhten Wettbewerbsdruck auch zum Ausgliedern vorher innerhalb von Unternehmen geleisteter Dienste. **Dr. Gellner** wagt die Prognose, dass insbesondere Energiedienstleistungen in Zukunft an Bedeutung gewinnen würden. Er weist mit besonderem Nachdruck darauf hin, dass die Energiedienstleistungen in den GATS vernachlässigt worden seien. In seinem Ausblick verweist der Redner auf die eingereichte Stellungnahme.

Der **Vorsitzende** bedankte sich bei Dr. Gellner und gibt das Wort an Dr. Treber.

Dr. Treber stellt zunächst Germanwatch vor. Dann verweist er auf seinen schriftlich eingereichten Beitrag. Er führt zusätzlich aus, dass Globalisierung und Liberalisierung auf dem Energiemarkt zu vergrößerter Unsicherheit führt. Er weist auf den IPCC-Bericht über die Unsicherheit in den Emissionsszenarien hin. Dieser zeige deutlich, wie unsicher aber auch gestaltbar die Zukunft sei. Zur Auswirkung der Liberalisierung der Energiemärkte auf die Gesellschaft bemerkt Dr. Treber insbesondere, dass diese nicht von einer Internalisierung der externen Effekte begleitet wurde. Dadurch führe sie zu suboptimalen Ergebnissen und verhindere den Markteintritt energieeffizienter Anlagen und Geräte. Ein Beispiel hierfür sei die Kraft-Wärme-Kopplung, die unter billigem Atomstrom leide. Auch im Verkehrssektor habe die Internationalisierung nicht stattgefunden, was insbesondere zu Lasten des Schienenverkehrs geht. In diesem Zusammenhang weist er auf die Problematik des Flugverkehrs hin. Die Beziehung zwischen dem Wachstum von Straßenverkehr und ökonomischer Aktivität sei ungeklärt.

Er kritisiert die Zusammensetzung des Podiums, da es einen deutlichen Industrieschwerpunkt aufweise. Im internationalen Bereich sehe man die Wirtschaft oft mit zwei Stimmen sprechen. Einerseits treffe man auf die Haltung, dass es ein Klimaproblem nicht gebe, andererseits auch auf die Haltung des European Business Council, der sage, dass unter den richtigen Rahmenbedingungen Klimaschutz kein Problem sei.

Des Weiteren spricht er einige export- und importbezogene Fragen an. Der Import erneuerbarer Energieträger und -formen nach Deutschland bzw. innerhalb der europäischen Union sei ungeklärt. Zur Frage des Exportes veralteter Technologie weist

er auf das Beispiel einer Raffinerie aus Karlsruhe hin, die 50 Jahre alt sei und nun in China wieder aufgebaut werden solle. Beim Thema der Erweiterung der EU nach Osten weist er darauf hin, dass die Möglichkeit der Einbeziehung von verminderten Emissionen aus den Erweiterungsländern überhaupt nicht zur Vorreiterrolle der deutschen Regierung und der Europäischen Union passe. Dies würde nach außen ein negatives Signal aussenden und könnte als Drückebergertum interpretiert werden.

Der **Vorsitzende** entschuldigt sich für die kurze Benachrichtigungszeit und die kurze Vorbereitungszeit, die Dr. Treber zur Verfügung gestellt worden war, bedankt sich für dessen Statement und gibt das Wort weiter an Prof. Schatz.

Prof. Schatz spricht zur Globalisierung. Sie sei gekennzeichnet durch das rasche Verschmelzen von Güter- und Kapitalmärkten. Auslöser waren erstens die Liberalisierung der Weltwirtschaftsordnung, zweitens die Überwindung der wirtschaftlichen und politischen Systemunterschiede und drittens technische Neuerungen in Informations- und Kommunikationstechnik und dem Verkehr. Er nennt Zahlen und Beispiele für alle diese Bereiche. Export und Import bezögen sich nun nicht mehr nur auf Waren und Güter, sondern auf Kapital und Wissen. Politische Großrisiken, die durch Systemunterschiede bedingt seien, seien äußerst selten geworden. Weltweite Märkte seien jedoch für die Unternehmen sehr transparent und zugänglich. Früher sei die Rolle der ärmsten Länder der Welt, soweit sie überhaupt in die weltwirtschaftlichen Austauschprozesse einbezogen waren, die Lieferung von Rohstoffen im Austausch gegen Industriegüter gewesen. Nach einem sprunghaften Anstieg beliefte sich nun der Anteil der Entwicklungsländer am weltweiten Industriegüterexport auf etwa ein Viertel. Je rascher diese Länder sich entwickelten, desto mehr böten sie auch Ab-

satzmärkte für Produkte aus den Industrieländern. Daher nutze die Globalisierung allen Beteiligten. Auch wenn die Politik sich nun nach den Märkten richten müsse, sollten wir dies als Chance begrüßen.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Herrn Prof. Schatz und übergibt das Wort an Dr. Voss.

Dr. Voss stellt fest, dass auch auf den Energiemärkten der Handel schneller wachse als die Produktion, was ein Merkmal der Globalisierung sei. Dies biete auch die Chance zur Diversifizierung. Globalisierung induziere jedoch auch Wachstum in weniger energieeffizienten Ländern. Für die Spreizung zwischen dem Handel mit Energieträgern und der Produktionsausweitung gebe es drei Optionen, erstens Energieträgerproduktion vor Ort, zweitens höhere Effizienz, die die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch induzieren könne, und drittens stärkerer Handel mit Energieträgern, der insbesondere im Bereich des Öls zu erwarten sei. Sektorale und technische Optionen hätten hier große Chancen und große Probleme. Im übrigen verweist **Dr. Voss** auf sein schriftliches Statement

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Dr. Voss und erteilt das Wort an Prof. Gula.

Prof. Gula leistet einen Beitrag zur EU-Erweiterungsproblematik. Er verweist auf seine Folien. Er gibt ökonomische und politische Hintergrundinformationen über Polen und dokumentiert den umweltpolitischen Fortschritt. Er stellt Ausschnitte aus dem Energiegesetz vor, das wesentliche Ausführungen zur nachhaltigen Energieversorgung enthalte. Er weist explizit auf folgende Problembereiche hin: Der Kohleanteil an der Primärenergieversorgung Polens beträgt 80 %. Die wirtschaftliche Entwicklung bedeute wahrscheinlich einen raschen Anstieg des Gasverbrauches, der durch zu-

sätzliche Importe gedeckt werden müsse. Eine Diversifizierung der Quellgebiete dieses Gases sei angestrebt. Auch dann werde jedoch die Importabhängigkeit in Polen nicht größer als in anderen EU-Ländern sein. Das Potenzial für Energieeffizienz in Polen betrage etwa 50 %.

Zum Thema Netzzugänge erwähnt **Prof. Gula**, dass im Mai eine Strombörse eröffnet worden sei und dass prinzipiell weitere Liberalisierungen angestrebt seien. Im Jahre 2005 werde der Markt für alle dritten Parteien geöffnet werden. Mit der Öffnung des Gasmarktes gebe es jedoch größere Probleme.

Der **Vorsitzende** bedankt sich für den Beitrag von Prof. Gula und gibt das Wort an Herrn Hartung weiter.

Herr Hartung stellt die Aktivitäten seines Unternehmens in Polen und in osteuropäischen Ländern vor. Des Weiteren bezieht er sich auf sein schriftlich eingereichtes Statement zur Beantwortung des Fragenkatalogs. Er kritisiert mangelhaften Schwung in Deutschland bei der Planung und Projektierung von *Joint-Implementation-Projekten*. Er sieht vor allem in den Beitrittsländern große Reserven für solche Projekte.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Herrn Hartung und erteilt das Straßburg.

Prof. Straßburg fasst die Schwerpunkte seiner schriftlichen Beantwortung des Fragenkataloges zusammen.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Herrn Straßburg und erteilt das Wort Prof. Bontrup.

Prof. Bontrup entschuldigt sich, dass aufgrund der kurzfristigen Einladung kein schriftliches Statement vorliege. Er verspricht es nachzuliefern.

Der entscheidende Aspekt an der Globalisierung sei der Finanzmarkt. Dieser sei im Vergleich zum Warenaustausch um etwa 50 % stärker gewachsen. Für diesen Aspekt der Globalisierung gebe es mehr als nur technologische Gründe wie die Verbesserung der Kommunikationswege. Auch der Wegfall des Systemstreits zwischen Kommunismus und Kapitalismus habe wesentlich dazu beigetragen. Der Abbau von Zöllen und Handelsbeschränkungen weltweit im Rahmen von GATT habe die Globalisierung befördert. Zusätzlich führten die gewachsenen internationalen Finanzmärkte und Verpflichtungen zu einer Entkopplung von der Realökonomie. Auch eine dramatische Welle von transnationalen Fusionen habe wesentliche Beiträge zur Globalisierung geleistet.

Zusätzlich habe es in der Ökonomie einen Paradigmenwechsel gegeben, weg von einer keynesianistischen hin zu einer neoliberalen Sichtweise. Dieser Paradigmenwechsel habe inzwischen alle internationalen Organisationen erreicht. Das neoliberale Modell unterstelle eine große Flexibilität in allen Bereichen. Damit könne aber kein optimales Ergebnis für alle Akteure erzielt werden. Dieses idealtypische Bild der neoklassischen Wirtschaftstheorie habe leider überhaupt nichts mit der ökonomischen Realität zu tun. Die empirischen Ergebnisse der neoliberalen Globalisierung der 90er seien gewesen, dass die Einkommensunterschiede sich mehr als verdoppelt haben, und zwar auf dem Weltmaßstab, aber auch auf nationaler Ebene in den Industriestaaten. Der Ostblock sei ein ganz klarer Verlierer der Globalisierung. Die Amerikaner seien ganz klare Gewinner der Globalisierung, was z. B. auch am Zuwachs der Arbeitsplätze in den letzten Jahren gemessen werden könne. Das hinge entscheidend mit der höheren Mobilität auf den Finanzmärkten zusammen, weil bei Krisen in die Weltwährung Dollar geflüchtet werde. Anders sei auch nicht zu erklären, dass bei einem so großen Leistungsbilanzdefizit wie dem der USA der Dollar immer noch so stark sein könne, wie er ist.

Armutsbekämpfung sei entscheidend, auch für die Einflussnahme auf die Entwicklung der Klimaproblematik. Die Industrienationen müssten abgeben und endlich die Internalisierung externer Effekte angehen.

Der Liberalisierung der deutschen Stromwirtschaft stehe er sehr ambivalent gegenüber. Mit einem marktradikalen Modell erziele man einen nachhaltigen Konzentrationsprozess, der beispielsweise in Europa auf drei bis vier große Energieunternehmen hinführen würde. Damit werde nationale Politik erpressbar. Dies sei am Beispiel des Atomkraftausstiegs in Deutschland sehr eindrücklich vorexerziert worden.

Der **Vorsitzende** bedankte sich bei Prof. Bontrup und erteilt das Wort an Herrn Schwarzbach.

Herr Schwarzbach stellt zwischen seinem Unternehmen und dem Stand der Energie- und Elektrizitätsversorgung in Polen einen Vergleich an und bemerkenswerte Ähnlichkeiten fest. Im Vergleich zu den osteuropäischen Nachbarn habe die VEAG jedoch durch die ökonomischen Rahmenbedingungen beim Anschluss an das westeuropäische Verbundnetz wesentlich bessere Voraussetzungen vorgefunden. In den osteuropäischen Ländern seien vergleichbar große Investitionsvolumina zu erwarten, wie sie in den neuen Bundesländern nötig gewesen waren.

Im Weiteren hebt er wesentliche Punkte seines schriftlichen Beitrages hervor. Er weist darauf hin, dass insbesondere die Umweltschutzanforderungen in den Beitrittsländern wahrscheinlich nicht termingerecht zum Beitritt zur EU und zum europäischen Binnenmarkt erfüllt werden können. Er hebt auch die wichtige Rolle der Privatisierung in den Beitrittsländern hervor. Er bewertet *Joint Implementation* als

guten Transfermechanismus. In Bezug auf die Erreichung der Klimaschutzziele durch den Beitritt äußert er sich skeptisch.

1. Fragerunde

Der **Vorsitzende** bedankt sich für die Beiträge und eröffnet die erste Fragerunde. In der ersten Fragerunde werden Fragen von **Abg. Dr. Brauksiepe (CDU/CSU)**, **Prof. Hennicke**, **Dr. Matthes**, **Prof. Schmitt**, **Abg. Hempelmann (SPD)**, **Prof. Theenhaus**, **Abg. Klinkert (CDU/CSU)**, **Prof. Rochlitz**, und **Abg. Bulling-Schröter (PDS)** gestellt. Weiterhin erwähnt er für den Rest der Fragenliste Abg. Huststedt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Ziesing, Abg. Dr. Berg (SPD), Dr. Henne, Prof. Wodopia, Abg. Obermeier (CDU/CSU), Abg. Prof. Laufs (CDU/CSU).

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an den Stellvertretenden Vorsitzenden **Abg. Hempelmann (SPD)**. Der **Stellvertretende Vorsitzende** bittet Abg. Dr. Brauksiepe (CDU/CSU) um seine Fragen.

Abg. Dr. Brauksiepe (CDU/CSU) fragt die Sachverständigen des Instituts der deutschen Wirtschaft nach den Potenzialen für erneuerbare Energien auf den lokalen Märkten in den Entwicklungsländern und nach den Möglichkeiten für die Sicherstellung der Energieversorgung in Industrieländern durch Importe regenerativ erzeugter Energie aus den Entwicklungsländern.

Prof. Hennicke richtet die Frage an Prof. Gula und Herrn Hartung, welche Art von Zusammenarbeit zwischen westlichen Unternehmen und polnischen und tschechi-

schen Unternehmen nötig sei, um den von Herrn Gula postulierten Faktor 4 zu erreichen, welche Hemmnisse der Kraft-Wärme-Kopplung entgegenstünden, welche *Clean-Coal-Technologies* entwickelt würden und welche Rolle für *Joint-Implementation*-Projekte eingeplant werde. Er fragt weiterhin danach, warum die *Joint-Implementation* nicht zügiger vorangehe.

Dr. Matthes stellt die Frage an Prof. Gula nach den Aktivitäten und Politiken, mit denen die in Polen die angestrebten Effizienzerhöhungen erreicht werden sollten. Seine zweite Frage richte sich an den RWE-Konzern und alle damit bilanzierten Töchter, und beschäftigt sich damit, ob und warum sich die Richtung der Nettostromflüsse zwischen Polen und Deutschland in absehbarer Zeit umdrehen werde.

Prof. Schmitt fragt nach den entscheidenden Hemmnissen für Kapitaltransfer und die Rolle der *Joint-Implementation* und CDM. Weiterhin richtet er die Frage an Prof. Gula, ob die Beitrittsstaaten wirklich erwarteten, dass die EU ihren Beitritt zügig abwickle, obwohl sie die Umweltauflagen in absehbarer Zeit nicht erfüllen könnten.

Abg. Hempelmann (SPD) fragt Prof. Gula, ob er die Einschätzung von Herrn Schwarzbach teile, dass kurzfristig die Stromimporte von Polen in die EU überwiegen würden, langfristig jedoch die Stromexporte aus der EU nach Polen. Weiterhin stellt er die Frage an Herrn Straßburg, was RWE aus dieser Prognose ableite, insbesondere in Bezug auf eine eventuelle Verlagerung der Stromproduktionsstandorte.

Prof. Theenhaus stellt die Frage an Herrn Fleckenstein, ob Deutschland und Europa ein Standort sein werde, der unabhängige Stromproduzenten aus dem Ausland anziehe und ob die deutsche oder europäische Industrie umgekehrt eine Chance haben

werde, als unabhängige Stromproduzenten weltweit aufzutreten. In seiner zweiten Frage möchte er von Prof. Straßburg wissen, ob dieser in der Osterweiterung eher eine Chance oder ein Risiko für die nachhaltige Energieversorgung der Zukunft sehe und wo der konkrete Handlungsbedarf in Osteuropa sei.

Dr. Fleckenstein antwortet auf die Frage von **Prof. Theenhaus**, ob Deutschland ein Produktionsstandort für unabhängige Stromproduzenten sei, dass er sowohl die Aktivitäten ausländischer Stromproduzenten in Deutschland und Europa als auch deutscher und europäischer Stromproduzenten im Ausland ausdrücklich begrüße, und dass er glaube, dass ein reger Austausch bestehen werde.

Dr. Voss antwortet auf die Frage von **Abg. Dr. Brauksiepe** nach der Rolle regenerativer Energiequellen in Entwicklungsländern, dass hier zunächst nichtkommerzielle Energien durch kommerzielle Energien ersetzt werden müssten, wobei diese kommerziellen Energien durchaus auch regenerativer Herkunft sein könnten. Eine besondere Vorreiterrolle komme dabei der Biomasse zu. Großes Potenzial sei für Solarenergie vorhanden, wobei jedoch die Technik fehle. Dies sei eine Chance für die Industrieländer, die hier nicht nur Technologietransfer betreiben könnten, wobei jedoch auch Finanzierungsmodelle nötig seien, und sogar die entscheidende Frage seien.

Weiterhin antwortet er auf die Frage von **Prof. Schmitt** nach der Rolle der *Joint-Implementation* (JI) und *Clean Development Mechanism* (CDM) Instrumente, dass diese seiner Meinung nach sehr wichtig seien, jedoch bisher noch keine großen Volumina installiert worden seien, da die Entwicklungsländer noch nicht explizit in die Protokolle der Klimarahmenkonvention einbezogen worden seien.

Prof. Gula antwortet auf die Frage von **Prof. Hennicke** zur Energieeffizienz, dass oft versucht wurde, die bisherigen Verbesserungen allein auf die Effizienzverbesserungen in der polnischen Schwerindustrie zurückzuführen. Dies sei richtig für die Zeit, in der die Industrieaktivität der Schwerindustrie gesunken sei. Inzwischen befinde sich die Industrie jedoch wieder auf einem Erholungspfad und die Effizienz steige weiter. Für einige Menschen in Polen sei die Verbesserung der Energieeffizienz überraschend gekommen. Daher sei er hoffnungsvoll, dass sie sich noch weiter verbessern könne. Dafür notwendige Voraussetzungen seien seiner Meinung nach sowohl das Beispiel Westeuropas, aber auch Technologietransfer.

Zur Frage von **Prof. Hennicke** nach sauberen Kohletechnologien, antwortet **Prof. Gula**, dass diese für die Zukunft Polens sehr wichtig seien. Polen sei ein Kohleland, und das werde auf lange Sicht auch so bleiben. Weit unter 50 % werde der Kohleanteil nicht sinken.

Zur Frage nach der Rolle der Kraft-Wärme-Kopplung von **Prof. Hennicke**, antwortet **Prof. Gula**, dass diese schon 14 % der Energieproduktion abdecke. In Polen verstünden die Menschen zunehmend, dass die verteilte Energieproduktion und keine KWK-Anlagen eine weltweite Trendänderung darstellten.

Zu den Fragen von **Abg. Hempelmann** (SPD) und **Dr. Matthes** nach den Energiepreisen und den langfristigen und kurzfristigen Handelsbeziehungen im Stromsektor erklärt **Prof. Gula**, dass die Strompreise bereits ziemlich hoch seien. Sie betrügen für Inlandsnutzer ca. 5 Cent pro kWh. Das sei nicht sehr niedrig. Die Preise würden schneller auf das westliche Niveau hochkommen, als die Einkommen. 1998 sei die durchschnittliche Ausgabe der Haushalte in Polen für Energie 14 % des Haushaltseinkommens gewesen im Vergleich zu 4 % in der EU. Die Preise seien also im Verhältnis zu den Einkommen schon relativ hoch. Die Richtung der Stromexporte sei davon bestimmt. In den letzten Jahren habe Deutschland einen Nettoexport aufgewiesen, und dieser Trend werde sich in der Zukunft fortsetzen, auch wenn Polen riesige Überkapazitäten im Verstromungssektor habe. Es seien etwa 33 GW installiert, wovon nur 17 bis 20 GW wirklich notwendig seien. Die Position der deutschen Ex-

porteurs am polnischen Markt sei relativ stark, und bleibe dies wahrscheinlich auch. Heute verbrauchten polnische Familien ja nur ungefähr die Hälfte des durchschnittlichen Stromverbrauchs westdeutscher Familien, sodass der Markt sich wahrscheinlich ausweiten werde. Ein Teil des polnischen Bedarfes werde, wenn Polen EU-Land sei, wahrscheinlich aus EU-Ländern gedeckt werden.

Zur Frage der Definition nachhaltiger Energieversorgung in Polen erklärt **Prof. Gula** dass seines Erachtens der beste Ansatzpunkt die Energieeffizienz sei, dann kämen erneuerbare Ressourcen, dann Brennstoffkonversion von Kohle zu Gas und KWK. In all diesen Bereichen bewege sich etwas, nicht nur in Polen sondern auch in der Tschechischen Republik und in Ungarn. In allen Ländern gebe es starke NGO-Lobbyarbeit, z. B. in Polen durch den europäischen Biomasseverband, in Tschechien durch einen Energieeffizienzverband. Ein herausragendes Beispiel sei vielleicht die signifikante Steigerung im Einkauf von energieeffizienten Leuchtmaterialien. Hier ginge es scheinbar um den Faktor 10-15. Energiesparlampen und Wärmedämmung seien in Polen inzwischen weit verbreitet. Auch alte Brenner würde in großem Umfang ausgetauscht.

Auf die Frage von **Prof. Schmitt** nach den Umweltschutzzielen und -standards der EU in den Beitrittsländern antwortet **Prof. Gula**, dass die Beitrittsländer durchaus willens seien, die Umweltschutzziele zu übernehmen. Die Beitrittsländer wüssten, dass die Umwelt in der EU in einem besseren Zustand sei als in Polen und Tschechien und fänden das auch erstrebenswert. Er nennt das Beispiel Krakau im Vergleich zu westlichen Städten.

Herr Hartung greift die Frage von **Prof. Schmitt** nach der Energieeffizienzsteigerung unter Einhaltung ökologischer Standards in Polen auf, und erläutert, dass dies gerade für Polen als größtem Beitrittsland eine der zentralen Herausforderungen darstelle. Trotz der Überkapazitäten in der Stromproduktion, die auf Kohle basierten, seien erhebliche Investitionen erforderlich. Der größte Teil der Kapazitäten sei immer

noch in staatlicher Hand. Entflechtung sei dringend nötig, insbesondere in der Frage des Netzes. Der Netzbetreiber kaufe 80 % des Stroms auf und verkaufe ihn wieder. Ein weiteres Problem sei die Fernwärmeversorgung, wo genau wie in Deutschland das Problem bestehe, dass Dritte Zugang zu kommunalen Netzen haben wollten. Seiner Meinung nach sei ein Ausschluss von kommunalen Netzen rechtswidrig, nachdem durch EU-Recht und Bundesrecht eine wettbewerbliche Regelung festgelegt worden sei. In Tschechien behelfe sich sein Unternehmen manchmal dadurch, dass es Anteile an Unternehmen knapp unter 50 % aufkaufe, aber durch konsoziale Bindungen unternehmerische Führerschaft habe, um die maßgeblichen technischen Gegebenheiten ändern zu können. Wenn diese verändert würden, seien Effizienzsteigerungen von 20 bis 30 % möglich. In Polen sollten dann einige Kraftwerke geschlossen werden. Auf der Stromseite müsse unbedingt entflochten werden und privates Kapital müsse mit den Kommunen unbedingt in die kommunalen Bereiche hinein fließen. All dies seien außerordentlich schwierige Aufgaben, die langsam aber systematisch bewältigt werden müssen. In Tschechien sei dies sehr viel leichter, da man hier auf kommunaler Ebene eher bereit sei Dritte hereinzulassen.

Zur Frage von **Prof. Schmitt** nach *Joint-Implementation* beklagt er, dass außer plakativen Ankündigungen in Deutschland nichts gelaufen sei. Ein Grund dafür sei die Sorge in den Beitrittsländern, dass sie ihr Konto, das sie in späterer Zeit nutzen könnten, jetzt noch nicht mit *Joint-Implementation* Projekten belasten wollten. Erst nach dem Beitritt sei eine Ausweitung dieser Aktivitäten zu erwarten. Senkung zum jetzigen Zeitpunkt würde die Chancen beim Emissionshandel entscheidend verschlechtern.

Prof. Straßburg knüpft an die Antwort von Prof. Gula auf die Frage von **Prof. Schmitt** nach *Joint Implementation* an, und bestätigt, dass die Einrichtung von *activities implemented jointly* (AIJ) in Mittel- und Osteuropa einschüchternde Wirkung gezeigt habe, auch wenn es sich nur um eine Pilotphase gehandelt habe. Sein Unternehmen habe in dieser Pilotphase 40 Projekte angeleiert. Zu seinem AIJ-

Projekt in der Tschechischen Republik erläutert er, dass dieses demonstriere, dass sich auch kommerzielle Projekte für AIJ-Maßnahmen eignen. Wenn ein kommerzielles Projekt nicht ganz wirtschaftlich sei, aber durch ein Bonussystem wirtschaftlich werden könne, könnte der Mechanismus AIJ um einiges effektiver werden. Dazu müsse auch die Zusammenarbeit mit der Weltbank, der Asian Development Bank usw. erleichtert werden. Es könnte mehr passieren, wenn die internationalen Kreditorganisationen besser mitspielen würden, und wenn die Angst beseitigt werden würde, dass Entwicklungshilfe durch solche Projektmaßnahmen verdrängt werde. Zusätzlich seien neue Anreizsysteme notwendig, insbesondere wenn die Stromindustrie sich für die Klimaschutzziele verantwortlich fühlen solle.

Zu den Fragen von **Abg. Hempelmann** (SPD) und **Dr. Matthes** zur Richtung von Stromimport und -export mit den Beitrittsländern, erläutert er, dass dies auch daher schwer einzuschätzen sei, da in diesen Ländern Strom vorhanden sei, der nicht aus diesen Ländern stamme. Er wolle dies mit der Frage von Abg. **Hempelmann** (SPD) kombinieren, ob Deutschland weiterhin Standort für Stromproduktion bleibe. Auf einem total deregulierten, europaweiten Markt für Strom sei es nicht zu verhindern, dass auch wenn ein deutscher Importeur darauf verzichte, billigen Braunkohlestrom in Tschechien einzukaufen, es einen österreichischen oder schweizer oder italienischen Importeur geben könne, der diesen "schmutzigen" Strom aus Tschechien importiere und dann nach Deutschland exportiere. Schmutziger Strom und sein Import könnten nicht blockiert werden. Man sei nicht dabei, sich vom Stromproduktionsstandort Deutschland zu verabschieden, die Rahmenbedingungen in Deutschland für Stromproduktion seien jedoch im internationalen Vergleich verschärft. Die Kunden hätten begriffen, dass Deregulierung ihren Stromverbrauch verbillige, und somit sei auch der Politiker in einer Akzeptanzkrise.

Zur Frage von **Prof. Hennicke**, ob Osterweiterung eine Chance für nachhaltige Entwicklung sei und wo er den Handlungsbedarf sehe, antwortet **Prof. Straßburg**, dass seiner Meinung nach hier eher eine Chance als eine Herausforderung bestehe.. Es seien enorme Kapitalinvestitionen notwendig und er warne vor einem Übermaß an Fremdbestimmung. Er empfehle einen schrittweisen Übergang. Sein Unternehmen gehe in diese Länder und produziere dort ohne jedes Umweltdumping. Er könne Beispiele aus Portugal, Thailand und China nennen, wo sein Unternehmen aufgrund von Umweltgesichtspunkten entweder zurückgezogen oder Marktanteile verloren habe. Dass sein Unternehmen kein Umweltdumping machen wolle, gelte auch für die *emerging markets* in Mittel- und Osteuropa.

Herr Schwarzbach antwortet auf die Frage von **Abg. Hempelmann** (SPD) und **Dr. Matthes** nach der Richtung des Stromflusses zwischen Deutschland und den Beitrittsländern, dass diese von den Rahmenbedingungen abhängig sei. Der Zeitraum bis zum geplanten Beitritt in den Jahre 2003 bis 2005 sei zu kurz, um wesentliche Veränderungen der energiewirtschaftlichen Strukturen herbeizuführen. Solche seien jedoch notwendig. Auch wenn heute Überkapazitäten in Polen und anderen Ländern bestünden, sei deren Fortexistenz beim Gelten der EU-konformen Umweltrichtlinien wohl nicht möglich. Es bestehe erheblicher Kapitalbedarf, und es sei wichtig, welche Rahmenbedingungen in den Beitrittsländern geschaffen würden, da Investoren wollten für ihre Investitionen ein bestimmtes Maß an Sicherheit haben wollten. Bestehende Unsicherheiten seien der Grund für die bisherige Stagnation. Bei kurzfristigen Übergangsfristen, für die er plädiere, könne er sich vorstellen, dass sich der Energiefluss umkehren werde. Dann erhielten die modernen Anlagen aus Westeuropa auch die Chance auf Lieferung nach Osteuropa.

Der **Stellvertretende Vorsitzende** unterbricht die Sitzung zur Mittagspause von 13.10 – 14.10 Uhr.

2. Fragerunde

Nach der Mittagspause eröffnet der **Stellvertretende Vorsitzende** die nächste Fragerunde mit Wortmeldungen von **Abg. Klinkert** (CDU/CSU), **Prof. Rochlitz**, **Abg. Bulling-Schröter** (PDS), **Abg. Hustedt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), **Dr. Ziesing** und **Abg. Dr. Berg** (SPD) und **Dr. Henne**.

Abg. Klinkert (CDU/CSU) richtet an Dr. Fleckenstein und Dr. Gellner die Frage nach ihrer Einschätzung bisheriger deutscher energiepolitischer Alleingänge, wie des EEG, des Ausstiegs aus der Kernenergie und des KWK-Vorschaltgesetzes in bezug auf den Schaden, den die deutsche Volkswirtschaft von solchen Alleingängen nehmen könne. Des Weiteren fragt er nach den Auswirkungen der erweiterten Ökosteuer und der KWK-Quote auf den Standort Deutschland, Kapitalabflüsse und die langfristige Entwicklung der Infrastruktur der Bundesrepublik Deutschland.

Prof. Rochlitz fragt Dr. Treber und Prof. Bontrup, ob das Tempo der Globalisierung nicht ein nachhaltiges Tempo, in dem Sinne der Enquete-Kommission zur Nachhaltigkeit, dass eine Gesellschaft Veränderungen nur dann in nachhaltiger Weise bewältigen könne, wenn diese einem naturangepasstem Tempo folgten, überschreite.

Abg. Bulling-Schröter (PDS) richtet die Frage an Prof. Gula, ob die Ziele der Privatisierung des Stromsektors in Polen wie Effizienz und neue Investitionen nicht auch ohne eine Veränderung der Eigentümerverhältnisse erreicht werden könnten. In ihrer zweiten Frage will sie von Prof. Bontrup wissen, welche Einflussmöglichkeiten Politik international auf den Märkten habe, um soziale Gleichgewichte und demokratische Veränderungen beeinflussen zu können.

Abg. Hustedt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fordert Prof. Bontrup und Dr. Treber auf, zu der Äußerung von Dr. Fleckenstein, dass internationale Umweltabkommen und internationale Handelsabkommen weitgehend getrennt werden sollten, Stellung zu nehmen. Eine zweite Frage richtet sie an Herrn Hartung, Prof. Straßburg und Herrn Schwarzbach, nämlich, ob die geplante Reihenfolge in den Beitrittsländern, zunächst intern zu liberalisieren, und dann erst die Märkte für ausländische Teilnehmer zu öffnen, der Reziprozitätsklausel der europäischen Energiegesetzgebung widerspreche.

Dr. Ziesing stellt die Frage an Prof. Bontrup, welche Handlungsmöglichkeiten den Nationen und Staaten im globalisierten Weltmarkt noch übrigblieben, um ihre Existenzberechtigung zu behalten. Weiterhin richtet er die Frage an Dr. Fleckenstein nach den spezifischen energiebezogenen Effekten der Globalisierung.

Abg. Dr. Berg (SPD) fragt Prof. Bontrup danach, was ein verantwortlicher, an nachhaltiger Politik interessierter Staat tun müsse, um fairen Wettbewerb zu organisieren und für gleiche Marktzugangsbedingungen zu sorgen. Eine zweite Frage richtet er an Prof. Gula, nämlich, welche Instrumente dieser empfehlen würde, um ein Umweldumping in Osteuropa und Polen zu verhindern. Des Weiteren stellt er eine Frage an

Dr. Gellner, wie er denn zum Primat der Politik in der Demokratie stehe, wenn er schon sage, dass sich die Politik von den Märkten kontrollieren lassen müsse.

Dr. Henne stellt die Frage an die Dr. Gellner und Prof. Straßburg danach, welche Rahmenbedingungen die Politik für eine langfristig nachhaltige Energieversorgung setzen müsse.

Abg. Prof. Laufs (CDU/CSU) stellt die Frage an Herrn Hartung, ob ein Land wie Baden-Württemberg unter den Bedingungen der KWK-Quote und des Atomausstiegs überhaupt noch Standort für Energieerzeugung in Großkraftwerken sein könne, und wenn nein, woher dann der Strom bezogen werden könne.

Prof. Hennicke stellt die Frage, wie wichtig es eingeschätzt würde, dass die Technologien für Effizienz, Kraft-Wärme-Kopplung und Regenerative ihren Praxistest im eigenen Land durchliefen und dann Exportoptionen darstellten.

Herr Hartung antwortet auf die Frage von **Abg. Hustedt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Reziprozität, dass er sich nicht vorstellen könne, dass Polen bis zum Jahr 2005 auf die Liberalisierung im Bereich der Stromerzeugung verzichten könne. Im Bereich der Stromverteilung finde die Liberalisierung und die Möglichkeit der Beteiligung Dritter bereits statt, wofür sein Konzern ein Beispiel biete. Das polnische Energiewirtschaftsgesetz ließe dies zu, jedoch stünden dem Prozess genau die gleichen kommunalpolitischen Bedenken entgegen wie in Deutschland. Er gehe davon aus, dass die 33.000 MW kohlebasierter Überkapazität nicht lange bestehen werde, sondern zum Teil durch regenerative Produktionskapazitäten ersetzt werde. Polen sei ja auch ein hervorragender Standort für Windenergie. In den Beitrittsverhandlungen

solle auf diesen Punkt sowie auf den Punkt der Reziprozität gesteigerter Wert gelegt werden.

Zur Frage von **Abg. Prof. Laufs** (CDU/CSU) nach dem Standort Baden-Württemberg antwortet **Herr Hartung**, dass auch in Zukunft in Baden-Württemberg Strom erzeugt werde. Er sehe den Trend zur Dezentralisierung der Energieerzeugung. In der Chemischen Industrie und in kleineren Industriebetrieben in energieintensiven Branchen werde zum Beispiel die Sicherheit über den Preis des selbst erzeugten Stromes der Volatilität des Marktpreises vorgezogen und in betriebsinterne Kraft-Wärme-Kopplung investiert. Ein Problem stelle der momentane Strompreis dar. Die Verbundunternehmen hätten sich in geradezu dramatischer Weise gegenseitig auf die kurzfristigen Grenzkosten herunterkonkurriert, wo sie jedoch nicht lange bleiben könnten. Sowohl der Kohlepreis als auch der Gaspreis zeigten steigende Tendenz. Auch im Stromhandel sehe man schon steigende Preise. Langfristig prognostiziere er Strompreise von 4,5 – 5 Pfennigen, die mit Kohleverstromung erreicht werden könnten. Zusätzlich sehe er große Chancen für den Standort in den erneuerbaren Energiequellen insbesondere am Rhein. Weiterhin sei die Produktion von den Konvertierungstechnologien für erneuerbare Energien eine interessante Option für Baden-Württemberg. Die Versorgung sei gesichert, da Baden-Württemberg ja außerordentlich gut in europäische Verbundnetze eingebunden sei.

Zu den Fragen von **Dr. Henne** und **Abg. Dr. Berg** zur Umstrukturierung der Energiebranche erläutert **Herr Hartung**, dass er keine Bedenken gegenüber der Konzentrationstendenz im Bereich der Stromerzeugung habe, solange quer durch Europa unabhängige Verteilerinstitutionen wirkten. Wenn die Konzentration auf dem Stromerzeugungssektor mit einem pfiffigen Stromhandelssystem kombiniert sei, könne ein interessanter Markt entstehen.

Dr. Voss erläutert zur Frage von **Prof. Hennicke** nach der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch in den Entwicklungsländern, dass sich das dortige Energieverbrauchswachstum nicht allein auf Stromverbrauch beziehen werde. Ähnliche Wachstumsraten seien im Verkehrssektor und im Wärmebedarf zu erwarten. Eine generelle Antwort darauf, wie die Entkopplung von Energieverbrauchswachstum und Wirtschaftswachstum in den jeweiligen Ländern erzielt werden könne, sei nicht möglich, da die Länder jeweils ihren eigenen Weg suchen und finden müssen. Eine Entscheidung, die sie selbst fällen müssten, sei, ob sie eine exportorientierte Entwicklungsstrategie oder eine binnenmarktorientierte Strategie verfolgen würden. Es sei wahrscheinlich, dass jede Art von Wachstum sehr energieintensiv sei, und somit stellten sich hier große Marktchancen für die Länder, die über Energieeffizienztechnologien verfügen, dar. Für die Entkopplung in der Phase des *take-offs* spielten insbesondere dezentrale Energieerzeugungstechnologien eine große Rolle. Beispiele seien aus seiner Sicht die Brennstoffzelle und die Kraft-Wärme-Kopplung, aber die Palette sei viel breiter, als von Prof. Hennicke vorgeschlagen.

Dr. Fleckenstein antwortet auf die Frage von **Abg. Klinkert** (CDU/CSU) nach dem Einfluss der Globalisierung auf den deutschen Energiesektor, dass er nicht davon ausgehe, dass bei erhöhtem Wettbewerbsdruck im Rahmen der Globalisierung und der Liberalisierung viele Energieträger in Deutschland keine Chancen mehr hätten. Er stellt fest, dass z. B. die Öffnung der Strommärkte auch zu einer Reihe von Existenzgründungen geführt habe, die neue Märkte erschlossen und mobilisierten. Damit habe sich eine breite Palette neuer Energiedienstleistungsmöglichkeiten entwickelt. Andererseits setze sich auch ein Trend zur Reregulierung durch, zum Beispiel beim

Ausstieg aus der Kernenergie. Man dürfe nicht grundsätzlich davon ausgehen, dass der Markt etwas gegen erneuerbare Energiequellen habe. Man müsse jedoch im Markt die richtigen Instrumente zu ihrer Förderung anwenden. Er schlage vor, dass man die Mittel, die man als Beihilfe zu geben bereit ist, im Haushalt ausweist, und dann über ein wettbewerbliches Verfahren analog zur Versteigerung der UMTS-Lizenzen einem effizienten Verteilungsschema entsprechend verteilt.

Dr. Fleckenstein antwortet weiterhin auf die Frage von **Abg. Klinkert** (CDU/CSU), wie sich die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung auf den Standort Deutschland auswirkten, dass dies nicht einfach zu beantworten sei. Wenn man abgeschottete Märkte herstelle, die möglicherweise mit Preisgarantien unterstützt werden, gebe es möglicherweise keinen Kapitalabfluss, da trotzdem unter Umständen ein interessanter Investitionsmarkt vorhanden sein könne. Ob dies besser sei als das, was man mit freien Märkten erreichen könne, sei zweifelhaft.

Zur letzten Frage von **Abg. Klinkert** (CDU/CSU), ob es eine Abwanderungstendenz von energieintensiven Branchen aus Deutschland gebe, antwortet **Dr. Fleckenstein**, dass er keine solchen beobachte. Er sei der Meinung, dass Deutschland mit offenen Märkte weiterhin einen attraktiven Standort für energieintensive Branchen darstelle. Energie sei ja immer nur ein Faktor der Produktion.

Zur Frage von **Dr. Ziesing** nach den speziellen energiebezogenen Effekten und Aspekten der Globalisierung antwortet **Dr. Fleckenstein**, dass aus seiner Sicht keine solchen Effekte und Aspekte vorhanden seien. Gerade die Energiemärkte seien ja immer schon global gewesen.

Dr. Gellner antwortet auf die Frage von **Abg. Klinkert** (CDU/CSU) nach dem Einfluss der Reregulierung des deutschen Energiesektors, dass Deutschland ja

schon auf dem Wege der Verbilligung des Energieverbrauchs insbesondere des Stroms gewesen sei. Vor den energiepolitischen Umstrukturierungen sei Deutschland an der Spitze im industriellen Bereich gewesen, danach sei es ins untere Drittel im europäischen Vergleich abgerutscht. Unter dem Einfluss der neuen Gesetze trage der Verbraucher nun Sonderlasten von 8 Milliarden DM, der VDEW spreche sogar von 11,5 Milliarden DM. Die Vorteilen der Liberalisierung kämen auf kaltem Wege wieder vom Tisch. Das KWK-Gesetz und das EEG machten Aufschläge nötig, die nun sowohl die Industrie als auch den Verbraucher trafen. Abwanderungen von Unternehmen seien historisch nachweisbar. Er nennt als Beispiel die Firma Schott, die vor der Liberalisierung mit der ausdrücklichen Begründung der hohen Energiepreise in Deutschland nach USA abgewandert sei. Im Zuge der Diskussion um die Energie-rechtsreformen habe die Zementindustrie angedroht, dass sie an die osteuropäischen Grenzen ginge, wenn die Energiepreise nicht gesenkt würden. Es könne also durchaus durch Preisentwicklungen zu Abwanderungsbewegungen kommen.

Zur Frage von **Abg. Dr. Berg** (SPD) nach dem Primat der Politik in der Demokratie stellt **Dr. Gellner** das ganz klare Ja zum Primat der Politik fest.

Zur Frage von **Dr. Henne** nach dem Beitrags der Politik zu einer nachhaltigen Energieversorgung erläutert **Dr. Gellner**, dass es da natürlich keine Patentrezepte gebe. Sein Verband empfehle einen ausgewogenen Energiemix. Das Auslaufen der Steinkohleförderung und der Ausstieg aus der Atomenergie haben mit einer nachhaltigen Energieversorgung nichts mehr zu tun. Gegenüber der Förderung mit Quoten gebe es auch andere Instrumente, z. B. das Instrument der industriellen Selbstverpflichtung, das ja auch bei der CO₂-Einsparung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft erfolgreich eingesetzt werde. Wenn öffentliche Mittel eingesetzt werden müssten, so sollten diese im Haushalt ausgewiesen werden.

Dr. Treber antwortet auf die Frage von **Prof. Rochlitz** nach den negativen Begleiterscheinungen der Globalisierung, dass diese nicht unbedingt schuld an allem Übel sei, jedoch vieles verstärke. Globalisierung habe auch positive Nebeneffekte, z. B. dass heute weltweit kein Markt mehr für Leichtwasserreaktoren bestehe oder dass eventuell Projekte wie Garzweiler II nicht realisiert würden. Trotzdem müsse man in Deutschland, einem Land mit großem Außenhandel, mit der Globalisierung zurechtkommen. Statt zu Patentrezepten rät er zu Einzelfalllösungen. Als Beispiel nennt er die negativen Auswirkungen der direkten Übertragung der Lehren der *Chicago-Boys* auf den Umbruch in Osteuropa. Er plädiert für mehr Vertrauen in das UN-System und den Primat der Politik auf der internationalen Ebene. Das UN-System integriere mit hoher Transparenz über viele Länder. Das Problem seien natürlich die lang andauernden und komplizierten Verhandlungsprozesse, in denen die USA stets versuchten, eine Sonderrolle zu spielen. Er plädiert zum Mut, über die Meinung der USA hinwegzugehen.

Zur Frage von **Abg. Hustedt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nach der Konkurrenzsituation zwischen dem Umweltregime auf UN-Ebene und der WTO antwortet **Dr. Treber**, dass hier seines Erachtens ein chronologisches Prinzip gelte. Wenn also eine Umweltvereinbarung zeitlich nach einer Handelsvereinbarung komme, sei die Umweltvereinbarung maßgeblich.

Prof. Gula stellt zur Frage von **Abg. Hustedt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nach dem Stand der Liberalisierung des Energiemarktes in Polen klar, dass zwischen der Marktöffnung für kleine und mittlere Verbraucher und der Marktöffnung im Jahr 2005 für alle unterschieden werden müsse. Die Öffnung des Marktes für ausländische An-

bieter könne auch früher stattfinden. Der Markt könne für ausländische Produzenten auch zum Zeitpunkt des Beitritts zur EU geöffnet werden.

Ein anderes Problem sei der Gasmarkt, dessen Öffnung größere Schwierigkeiten bereite. Er gehe davon aus, dass eventuell eine Karenzzeit bis zum Jahr 2006 erbeten werden müsse.

Auf die Frage von **Abg. Bulling-Schröter** (PDS), ob die nötigen Investitionen auch ohne eine Privatisierung geschafft werden könnten, antwortet **Prof. Gula**, dass dies seiner Meinung nach möglich sei. Ein Problem sei allerdings die langfristige Bindung der Stromerzeuger durch die Kredite, die sie zur Errichtung der Kapazitäten aufgenommen haben. Diese Verträge seien im neuen, liberalisierten Umfeld katastrophal und würden die Verfügbarkeit von Kapital wesentlich erschweren. Die nötigen Investitionen könnten auch von einem öffentlichen Träger getätigt werden, wenn Kapital verfügbar wäre.

Zur Frage nach Umweltdumping und Lieferungen von EU in die östlichen Länder erklärt **Prof. Gula**, dass die Umweltbedingungen selbstverständlich erfüllt würden, wenn es eine Vorbedingung für den Beitritt der osteuropäischen Länder zur EU sei. Die Preise würden wahrscheinlich etwas höher, aber der Strom sei dann auch sauber. Dann könne doch wohl auch aus den Beitrittsstaaten Energie importiert werden.

Prof. Straßburg antwortet auf die Frage von **Dr. Henne** nach den Aufgaben der Politik für eine nachhaltige Energieversorgung, dass niemand in Abrede stelle, dass die Politik einen Auftrag habe, dass es aber sehr schwer sei, Widerspruchsfreiheit herzustellen. Ökonomische, ökologische und soziale Gesichtspunkte müssten abgewogen werden. Zweitens müsse sich der Staat zurückhalten und Rahmenbedingungen setzen. Was man in der letzten Zeit in der Bundesrepublik erlebt habe, sei nicht das Setzen von Rahmenbedingungen, sondern ein massiver Eingriff in die Unternehmensplanungen. Er weist darauf hin, dass der Kunde der Energieversorger gleich-

zeitig der Wähler der Politiker sei. Dieser interessiere sich hauptsächlich für die Qualität der Energie und den Preis. Man befinde sich in einem weltweiten Standardwettbewerb. Wenn man die Dinge übertreibe und verteuere, müsse man ja nicht nur in der sozialen Dimension das Wohnungsgeld steigern oder Ausgleich für arme Leute herstellen, sondern auch auf ausländische Investoren für den eigenen Standort verzichten. Sein Unternehmen sei ein großer Investor und wolle dies bleiben. Es werde seinen Kunden sagen, wer die Verteuierung zu verantworten habe, und wer sein Unternehmen ins Ausland vertrieben habe. Ein Gradmesser für politische Maßnahmen sei die Akzeptanz von ökologischen Tarifen und ähnlichen Maßnahmen. Sein Unternehmen sei ja für regenerative Energien, er halte es jedoch für abenteuerlich, wie weit in die Zukunft heute Subventionsstandorte manifestiert würden. Man könne ja auch einmal das Kraft-Wärme-Kopplungs-Vorschaltgesetz auf *windfall profits* untersuchen. Daran wolle zwar keiner rühren, nicht einmal sein Unternehmen, dieses Gesetz sei jedoch juristisch eine schlichte Katastrophe. Er bezweifelt weiterhin die Durchführbarkeit einer radikalen Liberalisierung unter Verzicht auf eine *stranded cost*-Regelung und unter der gleichzeitigen Reregulierung von 40 % des freien Marktes unter ökologischen Gesichtspunkten.

Prof. Bontrup stellt auf die Frage von **Abg. Dr. Berg** (SPD) hin fest, dass seiner Meinung nach weltweit die Produktionsfaktoren disproportional verschieden bewertet würden. Kapital werde weltweit überbewertet. Arbeit sei eindeutig unterbewertet und das gelte auch für die Industrienationen. Auch hier seien ja nicht die Arbeitskosten der Auslöser potenzieller Krisen, sondern die Verteilung zwischen Lohn und Gewinn. Umwelt sei überall entschieden unterbewertet oder gar nicht bewertet. Dies führe weltweit zu einer zynischen Situation. Jede der drei Denkrichtungen der Ökonomie, also Keynesianismus, Neoliberalismus und Neoklassik, beruhe auf verschiedenen Wettbewerbsmodellen. Wettbewerb sei zwar notwendig, um Kosten zu minimieren, führe aber auch dazu, dass Anbieter auf der Strecke blieben. Grenzanbieter würden bei fehlender Nachfrage submarginal. Das Herunterdrücken des Preises auf die kurzfristigen Grenzkosten sei eine Folge des Wettbewerbes, und sei sogar explizit

gewünscht. Gewinne würden in einem wettbewerblichen System langfristig nicht realisiert. Dies sei das Wettbewerbsmodell, dem auch das Bundeskartellamt folge. Eine Übertragung all dieser Aspekte auf den hochsensiblen Energiebereich und die Energieversorgungsunternehmen erzeuge insbesondere für die Versorgungssicherheit ein bedenkliches Bild.

Prof. Bontrup Antwort zur bisherigen Liberalisierung der Energiemärkte sei daher, dass er den eingeschlagenen Weg für völlig falsch halte. Hier solle das natürliche Monopol erhalten bleiben, wie es die klassischen Markttheoretiker Adam Smith, David Ricardo oder Müller-Armack es auch schon immer forderten.

Prof. Bontrup führt weiterhin zur Frage von **Prof. Hennicke** nach der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch aus, dass das Wachstumsmodell ein integraler Bestandteil der Liberalisierungs- und Globalisierungsstrategie sei. Wachstum impliziere höhere Energieverbräuche und höhere Emissionen. Wenn man im Zuge dieses Wachstums und der Entwicklung Energie immer weiter verbillige, vergrößerten sich auch die vom gesteigerten Energieverbrauch hervorgerufenen externen Effekte. Die Internalisierung werde immer schwieriger, weil der Stachel der Konkurrenz sie letztlich verbiete, wie ja heute auch von den Vertretern der Energiewirtschaft dargelegt worden sei.

Zur Frage von **Abg. Dr. Berg** (SPD) zum Primat der Politik führt **Prof. Bontrup** aus, dass dieses ja wohl nicht hinterfragt werden könne. Als Antwort auf die Fragen von **Dr. Ziesing** und **Abg. Bulling-Schröter** (PDS) nach den Handlungsspielräumen der Politik führt er weiter aus, dass die Gefahr bestehe, dass in einem liberalisierten, globalisierten Weltsystem oder auch innerhalb eines Landes wie der Bundesrepublik Deutschland zu große Machtgebilde in der Wirtschaft entstehen könnten, so dass die Ausgewogenheit der gesellschaftlichen Kräfte nicht mehr garantiert sei. Ein Beispiel

seien die transnationalen Konzerne, die sich ihr Land aussuchen und damit nationalstaatliche Politik erpressen können. Dies sei auch nicht marktwirtschaftlich im Sinne der klassischen Theoretiker. Zur Abhilfe schlägt **Prof. Bontrup** vor, dass die Staaten stärker in die Märkte intervenierten und dass eine keynesianistische Wirtschaftspolitik im europäischem Maßstab eingerichtet werde.

Herr Schwarzbach antwortet auf die Frage von **Abg. Hustedt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nach der Reziprozität bei der polnischen Marktöffnung, dass man hier auf gleichen Ausgangsbedingungen für den Wettbewerb bestehen müsse, um alle Wettbewerbsteilnehmer mit gleichen Chancen zu bedenken.. Die Reziprozitätsklausel sei anscheinend ein sehr stumpfes Instrument, zumindest sei sie auf Frankreich und die Schweiz nicht angewendet worden. Es gebe Möglichkeiten solche Hindernisse zu umgehen. Eines davon sei, gemeinsame Unternehmen aufzubauen.

3. Fragerunde

Der **Stellvertretende Vorsitzende** eröffnet die vierte Fragerunde mit Wortmeldungen von **Prof. Wodopia**, **Abg. Prof. Laufs** (CDU/CSU), **Prof. Hennicke**, **Prof. Schmitt**, **Prof. Rochlitz** und **Dr. Palz**.

Prof. Wodopia fragt Prof. Gula nach den sozialen und ökonomischen Problemen und dem Zeitbedarf, die mit der Modernisierung des Kraftwerksparks in Polen einhergingen. Weiterhin stellt er die Frage an Prof. Straßburg, inwieweit er der Inter-

pretation von Dr. Treber, der den deutschen Produktionsstandort und die Globalisierung am Beispiel Garzweiler II verknüpft habe, zustimmen.

Abg. Prof. Laufs (CDU/CSU) richtet die Frage an **Dr. Fleckenstein** und **Prof. Straßburg** nach den Auswirkungen der Kyoto-Mechanismen auf die deutsche Wirtschaft. Werde diese sich durch Innovation oder Abwanderung anpassen?

Prof. Hennicke stellt die Frage an Prof. Straßburg und Prof. Schatz, ob man sich nicht lieber über Energiedienstleistungen und Services unterhalten solle, da diese der Zweck des Energieverbrauchs seien. Er habe festgestellt, dass zwar die optimale Kraftwerksgröße immer kleiner werde, aber die Unternehmen immer größer würden. Sei dies ein Widerspruch, und wenn ja, wie würden große Unternehmen damit umgehen?

Prof. Schmitt befragt Prof. Schatz, ob er mit der Auffassung von Prof. Bontrup übereinstimme und was die Bundesrepublik Deutschland tun könne, um den Standort Deutschland zu verbessern.

Prof. Rochlitz richtet die Frage an Prof. Gula, wie es mit den Mitbestimmungsmechanismen und der sozialen Nachhaltigkeit in den Beitrittsländern bestellt sei. Er greift auch noch einmal seine Frage an Prof. Bontrup auf, ob der Prozess der Globalisierung überhaupt etwas mit dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung gemein habe, und insbesondere, ob denn das von Prof. Bontrup postulierte keynesianische Weltmodell seinerseits mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar sei, oder auch außerhalb der Vorstellung der Nachhaltigkeit liege.

Dr. Palz stellt zwei kurze Fragen an **Prof. Straßburg**, nämlich, ob er anerkenne, dass es externe Kosten gebe, und zweitens, ob er dafür sei, diese in Marktpreise einzubauen, und wenn ja wie.

Dr. Fleckenstein erläutert in seiner Antwort auf die Frage von **Abg. Prof. Laufs** (CDU/CSU), dass die praktischen Auswirkungen der Kyoto-Mechanismen noch nicht geklärt seien. Er glaube jedoch nicht, dass der Zertifikathandel eine Möglichkeit zum Freikauf werden könne. Der technische Fortschritt in Deutschland sei nicht grundsätzlich gefährdet.

Dr. Gellner stimmt **Prof. Hennicke** zu, dass in den im Moment laufenden GATS-Verhandlungen die Energiedienstleistungen noch nicht einmal einheitlich definiert seien. Insbesondere die Positionen der USA und der Europäischen Union gingen völlig auseinander, was internationalen Energiedienstleistungshandel verhindere. **Dr. Gellner** appelliert an die Kommission, ihre Aufmerksamkeit auf diesen Tatbestand zu richten. Dieser Markt könne international in Bewegung kommen, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen würden.

Prof. Schatz antwortet auf die Frage von **Prof. Schmitt**, ob er mit Prof. Bontrup übereinstimme, dass er nicht der Meinung sei, dass die Zunahme des Unterschieds zwischen Arm und Reich der Globalisierung zuzuschreiben sei. Tatsache sei vielmehr, dass die Länder wie die schwarz-afrikanischen Länder, die nicht an der Globalisierung teilgenommen hätten, sich auch nicht entwickelt hätten. Die Entwicklungsländer, z. B. aus Südostasien und Lateinamerika, die an der Globalisierung teilgenommen hätten, wiesen keinen vergrößerten, sondern einen verminderten Abstand in den pro-Kopf-Einkommen innerhalb der Länder auf. Auch die Behauptung, die

Einkommensabstände in der Bundesrepublik hätten sich vergrößert, treffe nicht zu. Wenn man als Definitionsgrenze für Armut nehme, dass derjenige arm sei, der weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens habe, stelle man fest, dass seit 20 oder 30 Jahren ein gleichbleibender Prozentsatz der Bevölkerung arm sei. Wenn man andererseits alle Sozialhilfeempfänger zu den Armen rechne, führe man den Armutsbegriff *ad absurdum*, da das Sozialhilfegesetz diesen eine durchschnittliche Lebensführung garantiere.

Zur Frage nach den Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung in einem globalen Wettbewerb von **Prof. Schmitt** antwortet **Prof. Schatz**, dass niemand behaupte, das Primat der Politik solle abgeschafft werden. Es gehe nicht um irgendwelchen geheimen Kräfte, die in der Globalisierung wirkten, sondern darum, dass in einer offenen Wirtschaft der Wettbewerb, auch der Wettbewerb der Ideen, nicht mehr ausgesperrt werde. Auch Politik müsse sich in diesem Qualitätswettbewerb behaupten. Das bedeute nicht, dass Politik unwichtig sei, oder keine Effekte hätte. **Prof. Schatz** plädiert für einen angstfreien Umgang mit der Globalisierung. Globalisierung bedeute hauptsächlich, dass ähnliche Bedingungen in mehreren Ländern angetroffen würden. Wertesysteme müssten dafür nicht aufgegeben werden. Der europäische Wohlfahrtsstaat, der dem europäischen Werteverständnis entspreche, sei eben ein anderes Modell als das der Amerikaner. Globalisierung öffne uns die Augen dafür, ob der europäische Wohlfahrtsstaat tatsächlich noch den Wertvorstellungen entspreche, auf denen er einmal aufgebaut worden sei. Solidarität mit denen, die sich selbst nicht helfen können, sei eine solche Wertevorstellung. Wenn man sich den heutigen deutschen Wohlfahrtsstaat anschaut, könne man erkennen, dass der Wohlfahrtsstaat aus dem Ruder gelaufen sei. Wenn nun im Wettbewerb auch bewertet werde, wie hoch die Kosten an einem Standort seien und wie hoch der Nutzen einer Ansiedlung sei,

könne man häufig feststellen, dass dieser Wohlfahrtsstaat Kosten generiere und Unternehmen und Bürger belaste, ohne entsprechenden Nutzen für die Allgemeinheit, zu bringen. Oft werde Hilfe denjenigen gegeben, die sie eigentlich nicht nötig hätten. Der globale Wettbewerb zwingt uns also nicht dazu, unsere Wertesysteme aufzugeben und andere zu übernehmen, sondern er zwingt uns dazu, nachzudenken, zu verschlanken und einen effektiven Staat zu gestalten, der sich auf die essenziellen Dinge konzentriere.

Weiterhin führt **Prof. Schatz** aus, dass Marktintervention bedeute, dass die Märkte nicht mehr den Bedürfnissen der Konsumenten folgten, sondern denen der Politiker. Während es in der Politik um Mehrheitsentscheidungen gehe, sei auf den Märkten Minderheitenschutz gegeben. Deshalb solle man das, was auf Märkten erledigt werden könne, auch auf Märkten erledigen. Die Politik solle sich darauf beschränken, für die Märkte entsprechend Rahmenbedingungen zu schaffen. Auch auf den Energiemärkten solle Wettbewerb herrschen.

Prof. Gula antwortet auf die Frage von **Prof. Wodopia** nach der Umstrukturierung des polnischen Kraftwerksportfolios, dass einige der Kraftwerke, die die Überkapazitäten ausmachen, extrem ineffizient und auch nicht sehr umweltfreundlich seien. Die Kraftwerke, die die eigentlichen Probleme verursachten, würden wahrscheinlich als erste geschlossen werden. Der natürliche Prozess der Erneuerung löse das Problem. Generell sei folgendes Vorgehen vorgesehen: Die älteren Kraftwerke dürften über einen bestimmten Zeitpunkt weiterhin zu den alten Standards produzieren, wenn jedoch ein Kraftwerk modernisiert oder neu gebaut wird, müsse es den neuen, hohen Umweltstandards entsprechen. Problematisch sei dies insbesondere bei Feststoffabfällen, Abwasser, Partikelemissionen und Schwefelemissionen.

Zur Frage von **Prof. Wodopia** nach der Belastung der Investoren und den sozialen Konsequenzen der Restrukturierung des Energiemarktes in Polen, führt **Prof. Gula** aus, dass diese sich natürlich nicht auf das Schließen und Modernisieren alter Kraftwerke beschränke, sondern auch bis in den Bergbausektor hineinreichten. Um die negativen Auswirkungen der sinkenden Nachfrage nach Kohle aus Polen einzudämmen, seien Umschulungsmaßnahmen für Bergarbeiter geplant. **Prof. Gula** fasst zusammen, dass die Kombination dieser geplanten Umstrukturierungen dazu führe, dass die EU-Länder keine Angst vor Umweltdumping aus den Beitrittsenergiemärkten haben müssen. Zudem sei ja die vorherrschende Windrichtung aus Westen, so dass Polen eher das Opfer als der Verursacher von Luftverschmutzung sei.

Zur Frage von **Prof. Rochlitz** nach den Mitbestimmungsrechten in Polen führt **Prof. Gula** aus, dass diese in der Geschichte im Energiesektor eine besondere Rolle spielte. 1980 habe Solidarnosz insbesondere in diesem Sektor wegen der Umweltauswirkungen Kritik an der Regierung geübt. Später verlor die Umwelt etwas an Aufmerksamkeit. Nachhaltigkeit sei in der polnischen Öffentlichkeit ein weniger wichtiges Thema als Einkommen, Arbeitslosigkeit und Lebensstandard. Es gebe jedoch immer noch Kräfte, wie z. B. den polnischen Umweltclub, die polnische Biomassevereinigung und andere Lobbygruppen, die die Regierung direkt und indirekt beeinflussten. Diese Aktivitäten müssten dringend in ihrer Öffentlichkeitswirkung unterstützt werden.

Prof. Straßburg stellt zur Frage von **Prof. Wodopia** zum Thema Garzweiler II fest, dass die Braunkohle nach wie vor wettbewerbsfähig sei, auch wenn es vorkomme, dass man unter Umständen ein eigenes Kraftwerk nicht betreibe, wenn Strom auf dem Markt billiger angeboten werde.

Auf die Frage von **Abg. Prof. Laufs** (CDU/CSU) nach der Wahl zwischen den Alternativen Innovation oder Abwanderung bestätigt **Prof. Straßburg**, dass sich RWE eindeutig für die Innovation entscheide. Dies habe gute Tradition in seinem Unternehmen. Sein Unternehmen sei in der Braunkohleverstromung mit einem optimierten Wirkungsgrad von 43 % weltweit führend. Daher würden Inlandsproduktionsstandorte weiter aufrecht erhalten werden. Zusätzlich könne man sich ja nicht darauf verlassen, dass die Kilowattstunde Strom in Prag zu 2,5 Pfennigen jederzeit bereitstünde. Die Innovationstätigkeit beschränke sich nicht nur auf die Stromerzeugung, sondern auch auf andere Sektoren. Er erwähnt Powerline, *demand-side*-Management und Energieberatungszentren.

Zur Frage von **Prof. Hennicke** nach dem Wechsel der Ausrichtung der Energiebranche vom Wirtschaftsgut zum Service bestätigt **Prof. Straßburg**, dass dies durchaus in seinem Sinne sei. Auch der Kunde entscheide einerseits nach dem Preis und andererseits nach den mit dem Strom zusammen gebotenen Dienstleistungen. Entscheidend für den Unternehmenserfolg sei also, ob man sich dem Kunden mit einem umfassenden Leistungspaket so darstellen könne, dass dieser nicht den Betreiber bei geringsten Preisschwankungen wechsele. An der grundsätzlichen Haltung, dass Strom eine Edelenergieart sei, die es einzusparen gelte, habe sich in seinem Unternehmen trotz der Liberalisierung nichts verändert.

Auf die Frage von **Dr. Palz** nach externen Kosten der Energieversorgung schränkt **Prof. Straßburg** ein, dass es hier ja wohl nur um solche gehen könne, die direkt kausal zugeordnet werden könnten. Er bestätigt, dass solche externen Kosten existierten, weist aber ausführlich auf die Probleme des Verursacherprinzips und der kausalen Zuordnung kausaler Kosten und den damit zusammenhängenden Implikationen hin.

Zur Frage von **Prof. Hennicke** nach dem zukünftigen Einsatz der Brennstoffzelle erwähnt **Prof. Straßburg**, dass sein Unternehmen sich dort engagiere, weil es an den zukünftigen Märkten in der verteilten Energieerzeugung teilnehmen wolle. Sein

Unternehmen sei auch international in der Innovationsforschung tätig. Wichtig sei, dass das Portfolio stimme und man innovativ sei und bleibe.

Prof. Bontrup geht auf die Frage nach Konflikten zwischen nachhaltiger Entwicklung und Globalisierung ein, indem er auf das Beispiel von Ecuador verweist. Ecuador leide unter hoher staatlicher Verschuldung und einer Arbeitslosenquote von etwa 50 %. Ein Drittel der Bevölkerung sei nicht mit Trinkwasser versorgt, 64 % der Jugendlichen und Kinder zwischen 6 und 15 Jahren besuchen keine Schulen. Für 70 % der Bevölkerung bestehe keine gesundheitliche Versorgung. Die realen Einkommen seien im letzten Jahr um 20 % gesunken. IWF und Weltbank verlangten trotzdem eine Schuldentrückzahlung in diesem Jahr und machten die weitere Vergabe von Krediten an Ecuador davon abhängig, ob Ecuador zu einem Strukturanpassungsprogramm in Verbindung mit einem drastischen Sparprogramm und einer offiziellen Anerkennung des Dollars als Landeswährung bereit sei. Die staatlichen Subventionen für Grundversorgungsgüter sollten grundsätzlich gestrichen werden, außerdem würden drastische Einschnitte in öffentlichen Dienstleistungen verlangt, sowie eine dramatische Liberalisierung des Arbeitsmarktes, die Privatisierung staatseigener Unternehmen, insbesondere der Telekommunikation und der Elektrizitätsversorgung, dem Bau einer Pipeline über die Anden und eine Abschaffung sämtlicher Zolltarife und der Mehrwertsteuer. Das Parlament weigere sich geschlossen, dieses Programm durchzuführen. Dies sei ein typisches Beispiel für Strukturanpassungsprogramme, in denen auch die Umwelt als Geisel erhalten müsse. Die Ergebnisse der Exportförderung auf den Rohstoffmärkten würden des Öfteren durch die Mechanismen von Angebot und Nachfrage zunichte gemacht: Der Preis verfalle aufgrund eines Angebotsüberhangs und dieser Preisverfall müsse wiederum mit erhöhten Ausfuhren ausge-

glichen werden. Durch weltweite Finanzkrisen könnten die Rohstoffmärkte noch weiter unter Druck geraten, wie z. B. in der Asienkrise geschehen. All dies seien Beispiele dafür, dass die Länder der Dritten Welt sich vor der Krisenanfälligkeit, die durch Liberalisierung und Globalisierung erhöht werde, noch schlechter schützen können. Die Ausbeutung der wehrlosen Natur sei einer der wenigen Schutzmechanismen, der zur Verfügung stehe. Man könnte postulieren, dass es eine kausale Beziehung zwischen fallenden Währungen und fallenden Bäumen gebe. Die weltweite Praxis von Globalisierung und Liberalisierung sei also nicht geeignet, eine weltweite nachhaltige Energieversorgung zu erzeugen. Die praktizierte Politik sein nicht einmal in der Lage, für die Menschen in Entwicklungsländern ein einigermaßen erträgliches Leben zu gestalten.

Zur Frage nach einem weltweit abgestimmten keynesianistischen Wirtschaftsregime bemerkt **Prof. Bontrup**, dass internationale Kontrolle eindeutig notwendig sei. Eine Möglichkeit sei die Tobinsteuer. Er fordert weiterhin die sofortige Schließung sämtlicher Steuerparadiese. Drittens fordert er ein Verbot sämtlicher Finanzderivate. Weiterhin fordert er eine vollkommene Schuldenstreichung für alle Entwicklungsländer, falls es gewollt sei, diese Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft zu integrieren. Er plädiert für eine strengere Bankenaufsicht zum Schutz der Anleger und für die Stabilisierung der Wechselkurse zumindest zwischen Dollar, Euro und Yen. Demokratische Legitimierung der weltweiten Finanzverfassung insbesondere in Weltbank, WTO und IMF sei unabdingbar.

Der **Stellvertretende Vorsitzende** bedankt sich bei den Sachverständigen für ihre Beiträge und bei den Kommissionsmitgliedern für ihre Fragen und ihre Disziplin.

Er schließt die Sitzung gegen 16.30 Uhr.

Index

B

Berg · 17, 25, 27, 29, 32, 36, 37

Bontrup · 7, 14, 26, 27, 36, 37, 39, 40, 45, 46

Brauksiepe · 16, 17, 19

Bulling-Schröter · 16, 25, 26, 34, 37

F

Fleckenstein · 7, 8, 9, 18, 19, 26, 27, 30, 31, 39, 40

Frank · 7

Froggatt · 7

G

Gellner · 7, 9, 10, 26, 27, 31, 32, 40

Gula · 7, 12, 13, 17, 18, 19, 20, 21, 23, 26, 27, 33, 34, 38,
39, 42, 43

H

Hartung · 7, 13, 14, 17, 22, 27, 28, 29

Hempelmann · 1, 16, 17, 18, 20, 23, 24

Henne · 17, 25, 27, 29, 32, 34

Hennicke · 16, 17, 19, 20, 24, 28, 29, 37, 38, 39, 40, 44,
45

Hustedt · 25, 26, 28, 33, 38

Huststedt · 17

J

Jochem · 7

K

Klinkert · 16, 25, 26, 30, 31

L

Laufs · 17, 28, 38, 39, 40, 44

Lehmann · 7

M

Matthes · 16, 17, 20, 23, 24

O

Obermeier · 17

P

Palz · 38, 40, 44

R

Rochlitz · 16, 25, 26, 33, 38, 39, 43

S

Schatz · 7, 11, 12, 39, 40, 41, 42

Schmitt · 16, 18, 19, 21, 22, 23, 38, 39, 40, 41

Schneider-Zugowski · 7

Schwarzbach · 7, 15, 16, 18, 24, 27, 38

Straßburg · 7, 14, 18, 23, 24, 27, 34, 38, 39, 40, 44, 45

T

Theenhaus · 16, 18, 19

Treber · 7, 10, 11, 26, 33, 38

V

Vorsitzender · 7, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 25, 38,

47

Voß · 7

Voss · 7, 12, 19, 29

W

Wodopia · 17, 38, 42, 43, 44

Z

Ziesing · 17, 25, 27, 31, 37